

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N<sup>o</sup> 83.

Donnerstag den 24. März.

1859.

### Verhandlungen der Stadtverordneten

am 16. März 1859

nach dem Protokoll und dem Berichte.

Nach Eröffnung der Sitzung brachte Vorsteher Dr. Joseph eine neuerliche Zuschrift des Rathes, den Neubau eines Schulhauses für die vereinigte Rathsfreischule betr., zum Vortrage. Der Stadtrath beharrt bei seinem Beschlusse, den Neubau in der Schulgasse aufzuführen zu lassen und für die Freischule zu bestimmen, indem er zugleich mittheilt, daß er nach Erbauung des neuen Waisenhauses die Schule des letzteren auch zur Aufnahme von Zehlschülern einrichten werde. Im Uebrigen will der Stadtrath, falls das Collegium dem obigen Beschlusse auch jetzt noch nicht beitreten würde, die Angelegenheit zur Entscheidung der königl. Kreisdirection bringen. Der Ausschuss zu den Kirchen, Schulen und milden Stiftungen wurde mit der Berichterstattung über die fragliche Vorlage beauftragt.

Zwei weitere Zuschriften, die Erbauung einer neuen Pfeifenbrücke an der Frankfurter Straße und die Umgebung des Museums mit Granitrevolver betr., gelangten an den Bauausschuss, während die vom St.-B. Dr. Vogel zur Einigung gemachte, in voriger Sitzung erwähnte Eingabe der jüngeren hiesigen Fleischermeister dem Ausschusse zur Vermietung von Gemeinderäumlichkeiten zugewiesen wurde. Eine anonyme Eingabe, die projectirte Miethsteuer betr., wurde ihrer Anonymität halber einfach beigelegt.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete

1.  
ein vom St.-B. Dr. Vogel vorgetragenes Gutachten des Ausschusses zum Bau-, Oekonomie- und Forstwesen über die Nachverwilligungen zu den neuen Park- und sonstigen Anlagen am Köpplage.

Dieser Bericht, welcher eine sorgfältige Zusammenstellung aller für die Anlagen zwischen dem Petersthor und Museum bereits verwilligten und noch erforderlichen Kosten enthielt, behandelte zunächst das Geschichtliche der bisher gepflogenen Verhandlungen und gedachte, wie man bereits zweimal im vergangenen Jahre von einem näheren Eingehen auf den Antrag des Stadtraths, zur Vollenbung jener Anlagen eine Nachverwilligung von 10000 Thlr. auszusprechen, um deswillen habe absehen müssen, weil diesem Antrage die speciellen Nachweise über die bereits verwendeten und noch zu verwendenden Kosten, so wie über deren Verhältnis zu den früheren Zuschlägen nicht beigegeben worden wären. Erst in dem neuesten Rathschreiben vom 6. Februar d. J. sei dies geschehen. Der Ausschuss äußert sich hierüber in folgender Weise: „Es spricht der Stadtrath (— in dem zuletztgedachten Schreiben —) die Ueberzeugung aus, daß, wenn man dießseits ihn um mündliche Auskunft ersucht hätte, dann die zwischen seiner Mittheilung vom 3. September 1858 und dem erneuten Antrage der Stadtverordneten vom 26. Januar 1859 innelegende Frist von fünf Monaten nicht ohne ein erspriechliches Resultat geblieben sein würde.“

Wir waren und sind dagegen überzeugt, daß mündliche Auskunftsertheilungen über eine ohne alle Rücksichtnahme auf die einzelnen, den früheren Verwilligungen zu Grunde gelegten Anschlagspositionen angefertigte und deshalb zur Controle völlig ungenügende Rechnung den beabsichtigten Zweck der Rechnungsprüfung unmöglich hätten erreichen können, geben aber zu, daß mündliche Anfragen an einzelne in oder außerhalb der Geschäftsstunden uns zur Disposition gestellte Mitglieder und Beamte des Rathes es wahrscheinlich und möglich gemacht haben würden, unter bedeutendem Zeitaufwande die von uns zu prüfende Rechnung selbst zu fertigen.“

„Hiernächst dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß der Stadtrath zu seiner, am 9. Juni 1858 von uns beantragten, ebenfalls völlig ungenügend ausgefallenen Mittheilung vom 31. August 1858 ganz dieselbe Zeit gebraucht hat, als wir zu unserem erneuten,

völlig begründeten Antrage auf bessere Rechnungsablegung, indem von der durch den Rath hervorgehobenen Zwischenzeit von fünf Monaten wegen der einfallenden Michaelismesse, Neujahrmesse, Neuwahl und Neubildung der Ausschüsse mindestens zwei Monate abzurechnen sind. Während der übrigen drei Monate aber waren wir mit nicht unbeträchtlichem Opfer an der unseren Berufsarbeiten und unserer Erholung bestimmten Zeit bemüht, mit Hilfe unserer Acten das Fehlende zu ergänzen, und damit einem dem Stadtrathe voraussichtlich nicht erfreulichen Antrage vorzubeugen.“

„Will man aber nicht unberücksichtigt lassen, daß die vorliegenden Arbeiten des Rathes dem gewöhnlichen Geschäftskreise seiner auf Lebenszeit gewählten Mitglieder angehören, während die Stadtverordneten die ihrigen neben ihren gewöhnlichen Berufsarbeiten zu bewältigen haben, erwägt man, daß der Stadtrath, obwohl er schon im März 1858 im Besitze genügender Rechnungsunterlagen war, dennoch ohne solche Ende April desselben Jahres an uns das Ansinnen, ihm weitere 10,000 Thlr. zu verwilligen, gestellt und trotz unseres Antrags auf specielle Rechnungsablegung vom 9. Juli 1858 ohne solche jenes Ansinnen unterm 31. August 1858 wiederholt hat, so dürfte sicher eine Verzögerung nur ihm zur Last fallen, und er sich nicht in der Lage befinden, in dieser Beziehung uns einen gerechten Vorwurf zu machen.“

„Denn hätte der Stadtrath die vom Bauamt und Stadtgärtner ihm bereits im Monat Februar und März 1858 übergebenen Rechnungen und Anschläge uns zugleich mit seinem nur auf deren Grund gefaßten Beschlusse, weitere 10,000 Thlr. zu den Parkanlagen zu verwenden, mitgetheilt, hätte er es wenigstens dann gethan, nachdem wir einen ausdrücklichen Antrag darauf gerichtet hatten, so sind wir nicht bloß der Ueberzeugung, sondern dessen völlig gewiß, daß ein in dieser Weise unterstütztes Gesuch um Nachverwilligung auch unsererseits sofortiger Beschlussfassung hätte unterzogen werden können und demzufolge wir weder mit Zeit raubenden und dennoch fruchtlosen Arbeiten vom Stadtrathe belastet worden wären, noch auch die Zeit von Ende März 1858 bis Ende Januar 1859 ohne ein erspriechliches Resultat geblieben sein würde.“

Der Ausschuss geht nunmehr auf die Rechnungszusammenstellungen selbst ein und scheidet zunächst die Kosten, welche für die baulichen Anlagen und Verwendungen erforderlich wurden, von denen, die die Herstellung der Parkanlagen ausschließlich beanspruchen.

In ersterer Beziehung weist er nach, daß dem Bauamt vom Stadtrathe eine Summe von 54,903 Thlr. 13 Rgr. 7 Pf. zur Verwendung angewiesen, von den Stadtverordneten aber nur ein Betrag von 54,197 Thlr. 25 Rgr. 5 Pf. verwilligt worden sei, so daß

706 Thlr. 18 Rgr. 2 Pf.

zwar verwendet, aber nicht verwilligt seien. Diese nicht verwilligte Summe fällt zum Theil auf das Brunnen- und Köhlfwesen (nochmalige Umlegung der Köhlfahrt am Schneckenberge und an der Ulrichsgasse), zum Theil auf die Abtragung und Planirung des Weinmährens.

Der Ausschuss beantragte, unter Bezugnahme hierauf,

1. den Stadtrath unter Hinweis auf die Bestimmung in §. 186 sub d der Städteordnung um strengere Beachtung der diesfälligen, der Gemeindevertretung gesetzlich gewährleisteten Befugnisse zu ersuchen.

Ferner hatte sich ergeben, daß zwei selbstständige Postulate des früheren Anschlags, nämlich

60 Thlr. für Befestigung des Brunnens am Kurprinz und 42 „ für Abgrabungen am Grunerschen Grundstücke

nicht zu dieser Verwendung gekommen, sondern auf die Befestigung des Bedarfs an anderen Positionen des Anschlags verwendet worden sind.

Der Ausschuss nahm hieraus Veranlassung, sich zu dem Grundsatze zu bekennen, „daß es der ausführenden Behörde unbenommen